

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus zahlbar. Für den Rest des Reichs und für den Ausland 12 Mk. im voraus zahlbar. ...

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober deren Raum kostet 5.- Mk. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Steuerzuschlag. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der neue Konflikt in Oberschlesien

Energische Schritte in Berlin

CC. Paris, 15. Juni.

Das französische Auswärtige Amt ließ der Presse eine Erklärung zugehen, in der gesagt wird, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Laurent wurde aufgefordert, in der Wilhelmstraße zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission in Oberschlesien nicht mehr gefährdet werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen sollen durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden.

schen Vertreter der deutschen Kommission zu sich und erklärte ihnen folgendes:

„Sie müssen ohne Vorbehalte 1. Die Räumungspläne annehmen, 2. einen Beweis Ihres guten Willens dadurch erbringen, daß Sie sofort Annaherung räumen.“

Die Beratungen wurden bis in die späte Nacht hinein fortgesetzt. Sir Harald Stuart nahm daran lebhaften Anteil. Die Kommission erklärte den Deutschen, daß ihre Weigerung, die Vorschläge anzunehmen, die Polen veranlassen würde, ihren Rückzug nicht fortzusetzen, weshalb Gleichwohl von den Insurgenten nicht geräumt werden könnte. Harald Stuart fügte hinzu, daß die Verantwortung für die Verlängerung des Kriegszustandes in Oberschlesien auf die Deutschen zurückfallen würde. Die deutschen Vertreter lehnten jedoch kategorisch die alliierten Vorschläge ab.

Der Korrespondent schreibt dann: Man hat den Eindruck, daß die Führer des „ober-schlesischen Baltikums“ nicht mehr die Herren ihrer Leute sind, sondern daß sie denen gehorchen müssen, die ihnen aus Breslau und Berlin die Gelder für das Unternehmen senden. Weiter erklärt der Korrespondent, General Hoerster solle im Laufe von Privatunterredungen gesagt haben, daß er das ganze Gebiet besetzen wolle und seine Macht an die Stelle der Interalliierten Kommission treten lassen würde. Die Vertreter der Alliierten seien sich allgemein darüber einig, daß die Handlungsweise Hoesters eine ungebührliche Herausforderung gegenüber dem Friedensvertrag und der Menschlichkeit sei. Man sei der Ansicht, daß General Le Rond mit Hoerster nicht mehr zu verhandeln haben werde. Zwischen Paris und London einerseits und Berlin andererseits sollen nunmehr direkte Verhandlungen eingeleitet werden, die auf präzise Drohungen hinauslaufen werden.

Das Scheitern des Abkommens

CC. Paris, 15. Juni.

Der Berichterstatter des „Matin“ in Oppeln meldet über das Scheitern des Abkommens zwischen General Hoerster und der Interalliierten Kommission: Am 13. Juni hatten die Polen ihren Rückzug ordnungsgemäß durchgeführt, während die Deutschen auch noch nicht einen Fingerbreit Landes geräumt hatten und nicht einmal ihre Absicht dazu in klarer Weise bekanntgegeben hatten. General Hoerster erklärte, er könne keinerlei Verpflichtungen eingehen, da er nur Soldat sei, der den Anordnungen des Zwölferausschusses unterworfen sei. Das Abkommen namens dieses Ausschusses der Pfarrer Ujka, daß es sich um eine ausschließlich militärische Angelegenheit handle, mit der er nichts zu tun habe. Die Interalliierte Kommission berief deshalb die Zivil- und militäri-

England und Amerika

London, 15. Juni.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reich in allen Fragen der Welt-Politik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der „Times“ zufolge, ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen, die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es bestünde Grund zu der Annahme, daß bereits durch Bestätigung des Obersten Rates ein Meinungs-austausch mit den Alliierten stattgefunden hat. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die See-macht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf dem Stillen Ozean und die Ueberlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einfluß-sphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Verzicht-leistung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

In einem Leitartikel erklärt „Times“, diese Meldung aus Washington werde vom ganzen britischen Reich und von der Entente begrüßt werden. Das Blatt fordert, daß die Bande, die England mit Frankreich verknüpfen, nicht gelockert werden. Das Einvernehmen mit Frankreich müsse der Stütze der internationalen Politik Großbritanniens bleiben. Das Einverständnis mit Frankreich würde den Weg für die von Washington vorge-schlagene Politik ebnen, während ein Streit zwischen England und Frankreich oder eine Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Ländern fast sicher zur Rückkehr der Vereinigten Staaten zu ihrer Politik des Abseitsstehens führen würde. „Times“ er-klärt: Nur unsere eigene Torheit oder die Torheit Frankreichs könnte zu einem solchen Unglück führen. Wenn dies Ereignis un-glücklich eintreten sollte, dann müßten sich die Gedanken der englischen und der amerikanischen Staatsmänner notwen-digerweise dem Abschluß einer engeren Abmachung zwischen den beiden Nationen zuwenden. „Times“ gibt der Hoff-nung Ausdruck, daß wenn diese große Frage im Zusammenhang mit der Frage der Ratifikation des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten vor den Obersten Rat oder die führenden Staatsmänner komme, jeder Opportunismus und jede Wankelmütigkeit ausgegeben werde.

Englands Politik in Arabien

London, 14. Juni. (Reuter.)

Unterhaus. Bei der Einbringung eines Ergänzungskredits von Lebenswichtig Millionen Pfund für den mittleren Osten, von dem Ressort des Kolonialamts gehört, führte Churchill der zum Ressort des Kolonialamts gehört, führte Churchill aus, Großbritannien habe seitlich die Stellung einer Mandatar-macht für Palästina und Mesopotamien übernommen und sei daran gebunden, aufrichtige und entschlossene Anstrengungen zu machen, um seine Verpflichtungen für diese Gegen-stände, daß eine Einbeziehung der Ausgaben für diese Gegen-stände notwendig sei. Innerhalb der gesamten arabischen Halbinsel befolge England zurzeit eine einsame und klare Politik. Wah-

rend beim Waffenstillstand ein Heer von rund 700 000 Mann oder 175 Bataillonen in Mesopotamien und Palästina gestanden habe, werde das gegenwärtige Finanzjahr mit 200 000 Mann in Palästina und Mesopotamien eröffnet, ausschließlich 30 000 Flüchtlingen und einbezogen einundvierzig Bataillone Truppen. Die Regierung sei entschlossen, diese Streitkräfte sofort einzuschränken, indem sie zwei von Indien dorthin entsandte Divisionen zurück-befördere, und ferner die Möglichkeit weiterer Einschränkungen in diesem Jahr in Erwägung zu ziehen. Die Ausgaben für Mesopo-tamien betrügen aber im laufenden Jahr noch fünfunddreißig Millionen Pfund Sterling.

Auf der letzten Konferenz in Kairo sei beschlossen worden, daß im Zusammenhang mit den politischen Abmachungen eine un-mittelbare Einschränkung in Mesopotamien von dreiunddreißig auf dreiundzwanzig Bataillone stattfinden solle, ein Stand, der am 15. Juli erreicht werden würde; ferner eine weitere Ver-ringerung nach dem Oktober auf einen Stand von zwölf Bataillonen. Wenn diese Politik nicht durch unvorhergesehene Ereignisse unterbrochen werde, nehme er an, daß die Ausgaben für Palästina sich in den nächsten Jahren auf nicht mehr als 9000 oder 10 000 Pfund belaufen würden. Die vorläufige Ein-geborenen-Regierung, die gegenwärtig in Mesopotamien bestehe, solle im Laufe des Sommers durch ein Parlament und einen arabischen Herrscher ersetzt werden. Er hoffe, daß das Volk eine weiße Wahl des Herrschers treffen werde. Churchill empfahl der endgültig gewählten Regierung, den Versuch zu machen, rings um Bagdad herum einen arabischen Staat aufzubauen, der den alten Reichtum und die Kultur der arabischen Völker wieder auf-leben lassen könne. Der Emir Faisal sei davon unterrichtet worden, daß seiner Kandidatur für den Thron von Mesopotamien kein Hindernis in den Weg gelegt werden solle und daß er, wenn seine Bewerbung erfolgreich sei, von britischer Seite Unterstützung erhalten werde. Faisal habe demgemäß Keffa verlassen und werde etwa in zehn Tagen in Mesopotamien an-kommen. Für einen regelmäßigen Flugzeugverkehr quer durch die Wüste zwischen Bagdad und Kairo seien Maßnahmen getroffen. Die fünftausend Mann Truppen in Palästina würden vielleicht noch einer unerheblichen Verstärkung bedürfen. Wenn England und Frankreich ihre Stellung im mittleren Osten aufrechterhalten und den übernommenen Verantwortlichkeiten gerecht werden wollten, müßten sie eine Politik des friedlichen Ausgleichs und der Freundschaft gegen Araber und Türken verfolgen.

Ein neuer Kriegsbekämpfungsvorschlag. Ein neuer Kriegsbekämp-fungsvorschlag vor dem Reichsgericht ist auf den 8. Juli anberaumt worden. An diesem Tage wird gegen Generalleutnant a. D. von Schaak aus Kassel und den Generalmajor Krulka aus Bremen im Kreise Göttingen verhandelt, die von der französischen Re-gierung beschuldigt werden, in den Jahren 1914 und 1915 im Ge-fangenenerlager Nieder-Zwehren bei Kassel im Zusammenwirken als Ortskommandant und Vorsteher des Gefangenenerlagers den Ausbruch von Typhus verschuldet und dadurch Gefangene ge-tötet zu haben.

Abreise des Garantieskomitees nach Berlin. Der Garantiesaus-schuss für die deutsche Reparations-schuld ist Dienstags abend nach Berlin abgereist, nachdem er vorher in Einvernehmen mit der Reparationskommission eine Anzahl Fragen geregelt hatte, die entweder eine grundsätzliche Entscheidung dieser Kommission oder eine Verständigung beider Organisationen erforderte.

Enttäuschte Hoffnung. Belgrader Blätter melden, daß die süd-slawische Regierung vom Obersten Rat in Paris benachrichtigt worden ist, daß die süd-slawische Forderung nach Kor-rektur der Nordgrenze in Kärnten zurzeit nicht berück-sichtigt werden könne.

Das Gesicht der Reaktion

A. Sz. Die Ereignisse der letzten Zeit, insbesondere der jämmerlich gescheiterte Staatsstreichversuch Karl Habsburgs, haben die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Ungarn gelenkt, auf jenes Land, in dem seit nunmehr bald zwei Jahren die Reaktion in unbeschränktem Besitze der politischen Macht ist. Wenn es nach dem Wunsche unserer deutschen gegenrevolutionären Hakenkreuzritter und Orghelhelden ginge, hätten wir in Deutschland schon längst das gleiche Regierungssystem und dieselben Zustände, die in Horthy-Ungarn herrschen. Und deshalb ist es lehrreich, immer von neuem darauf hinzuweisen, welches Schicksal für das Proletariat, aber auch für halbproletarische, und Klein-bürgerliche Schichten unter einem Regime wartet, dessen Wahrzeichen die schrankenlose Herrschaft des Kapitals, die monarchistische Restauration, der weiße Terror sind.

Wir müssen oft genug feststellen, daß weite Kreise der werttätigen Bevölkerung Deutschlands, die ihrer Klassenlage nach eigentlich im Heerbann des Sozialismus marschieren müßten, noch immer den Sirenenklängen der Reaktion ihr Ohr leihen und sich von einer Wiederherstellung der alten wilhelminischen Staatsverfassung die Rückkehr besserer Zeiten versprechen. Hier steht noch ein großes Feld für die Aufklärung offen, hier gilt es, an Hand so schlagender Be-weise, wie Horthy-Ungarn eines ist, den indifferenten und den verblendeten Elementen zu zeigen, daß die von den Deutschnationalen verheißene Ära des allgemeinen Wohl-standes und des Wiederaufbaues nichts anderes ist, als ein bewußter Volksbetrug, da die Reaktion überall dort, wo sie nach einer gescheiterten revolutionären Kraftanstrengung der Arbeiterschaft die Macht wieder in die Hände bekommt, weder willens noch fähig ist, auch nur den ge-ringsten Teil ihrer zahlreichen Ver-sprechungen zu verwirklichen, sondern nur von dem einen Wunsche geleitet wird: Rache am Proletariat zu üben, blutige Rache, die bis zur Vernichtung der Arbeiter-Klasse geführt werden kann.

Die Vernichtung des ungarischen Proletariats — das ist das wahre Ziel der Horthy-Politik. Wem das ungläubig vor-kommt, den mögen einige nähere Angaben von der Rich-tigkeit dieser Behauptung und von der Furchtbarkeit der Zustände im Horthy-Lande befehlen. Das Schreckenregiment des weißen Terrors selbst und seine Schreckensregeln sind allerdings im einzelnen so oft besprochen worden, daß wir uns für heute nur mit der Anführung einiger nader, aber vielsagender Ziffern begnügen können. Die Zahl der wegen „Verdacht des Bolschewismus“ in Internierungs-lagern befindlichen Personen beträgt noch heute mehr als 20 000, annähernd ebensoviele ist die Menge der politi-schen Sträflinge in den Kerker. Wieviel Unschuldige monatelang im Gefängnis sitzen, ergibt sich u. a. aus der Tat-sache, daß in Budapest allein gegen 28 419 Personen das Verfahren eröffnet wurde, wovon aber selbst die weißen Ausnahme-gerichte nur 3609 verurteilen konnten, während gegen die übrigen auch mit Aufwendung der spitz-findigsten Juristentänke nicht der geringste Schatten eines Beweises für irgendeine Straftat erbracht werden konnte. Die Höhe der Strafen für politische Vergehen spottet jeder Beschreibung. Todesurteile werden noch jetzt häufig genug gefällt und vollstreckt. Die Zahl derjenigen aber, die ohne Anklage und Urteil kurzerhand ermordet wurden, geht in die Tausende.

Noch schlimmer als dieses Toben der Ordnungsbestie ist aber das langsame Hinsterben der ungarischen Arbeiterklasse und der halbproletarischen Schichten durch Hunger und völlige Verelendung. Da Industrie und Handel vollkommen daniederliegen, hat die Arbeits-lostigkeit einen Grad erreicht, wie in keinem anderen Lande Europas. 40 Prozent der ungarischen Arbeiterschaft sind ohne Beschäftigung. Arbeitslosenunter-stützung wird natürlich nicht gezahlt. Die-jenigen Proletarier aber, die noch nicht auf der Straße liegen, sind auch nicht viel besser gestellt, denn da Lohn-kämpfe als „bolschewistische Bewegungen“ nicht geduldet werden und nach der erzwungenen Vahmlegung der Gewerkschaftstätigkeit die Arbeitslöhne einseitig vom Unter-nehmertum festgesetzt werden, steht das Einkommen der Ar-beitnehmer in schreiendstem Mißverhältnis zu den ins Un-ermessliche gestiegenen Preisen der Lebensmittel und Be-darfsartikel. Die Folge davon ist ein riesiges Ansteigen der Sterblichkeitsziffer, die im Jahre 1920 das Vierfache der Durchschnittsterblichkeit vor dem Kriege be-trug. Tuberkulose, Hunger und Kinder-frankheiten dezimieren die Reihen der Be-völkerung in furchtbarer Weise.

Nichtsdestoweniger ist dieses Land das Eldorado aller Wucherer und Schieber. Dem Massenelend der arbeitenden Klassen steht eine kaum mehr zu überbietende Verschwen-dungssucht und der luxuriöse Lebenswandel der oberen Zehntausend gegenüber. Trotz des Niederganges der Wirtschaft erzielt das Industrie- und Finanzkapital Millionengewinne, was aus folgenden Bei-spielen hervorgeht: Die Oberungarische Gruben- und Hütten-A.-G. erzielte bei einem Grundkapital von sechs

Millionen Kronen im vorigen Jahre einen Nettogewinn von 6667 000 Kronen; die Delstättenerie A.-G. hatte bei einem Kapital von 11 Millionen 8,5 Millionen Reingewinn; die Bessener Zementfabrik tonate nach Abschreibung von 14 Millionen noch einen Jahresgewinn von 3637 181 Kronen buchen. Diese an Hand offizieller Bilanzen gewonnenen Zahlen ließen sich beliebig vermehren.

Die Korruption blüht wie nie zuvor. Es hat sich bereits ein System herausgebildet, wonach Staatsaufträge, Ein- und Ausfuhrerlaubnisse, Handelsbilanzen usw. nur gegen Zahlung hoher Schmiergelder an die Minister, Staatssekretäre oder sonstigen höheren Beamten zu erlangen sind. Es vergeht kaum eine Sitzung der Nationalversammlung, in der nicht die Deputierten sich gegenseitig ihre Panama-Affären vorwerfen. Da aber die Ankläger meist allen Grund haben, selbst vor unliebsamen Enthüllungen auf der Hut zu sein und die Gerichtsbehörden wiederum erkaufte werden können, so verlaufen die Untersuchungen fast immer im Sande.

Gegenüber den Beteuerungen der deutschen Reaktionäre, daß auch sie die Rechte des Arbeiters nicht antasteten wollten, sei festgesetzt, daß das Horthyregime der ungarischen Arbeiterschaft den Verlust der wichtigsten sozialen Errungenschaften gebracht hat. Die Gewerkschaften sind zu einem großen Teile aufgelöst, das Koalitionsrecht illusorisch gemacht. Manche Industriezweige sind militarisiert, so z. B. der Kohlenbergbau, wo die Arbeitszeit stellenweise von 6 auf 10 Stunden verlängert und den Arbeitern ein Wechsel der Arbeitsstelle verboten wurde. Zu gleicher Zeit, wo diese Verordnungen, die einem Rückfall in die Sklaverei gleichkommt, erlassen wurde, bereitet das Ministerium des Innern einen Gesetzentwurf vor, durch den trotz der herrschenden Wohnungsnot — in Budapest gibt es 300 000 Obdachlose — den Hausbesitzern das Kündigungsrecht und das Recht zu unbegrenzter Mietssteigerung erteilt werden soll. Auf politischem Gebiete vervollständigte eine rigorose Prezensur, die Prügelstrafe, die Beschränkung des Versammlungsrechtes und der persönlichen Freiheit das graufige Bild eines mittelalterlichen Barbarenreiches.

Die Kulturpolitik der ungarischen Regierung äußerte sich darin, daß Schulen zu Kasernen und Gefängnissen umgewandelt werden. Auch in der Außenpolitik hat Horthy nichts als Mißerfolge aufzuweisen; die Entente ist Ungarn gegenüber mit genau derselben Härte vorgegangen, mit der sie alle übrigen bestiegten Staaten behandelte. Trotdem Regierung und Nationalversammlung Stein und Bein schwuren, daß sie nie und nimmer den Diktatfrieden annehmen würden, blieb ihnen schließlich doch nichts anderes übrig, als die bittere Bille des Trianoner Vertrages zu schlucken. Später hat eine wüste irredentistische Propaganda, für die Milliarden vergründet wurden, nichts anderes bewirkt als den Zusammenschluß der Nachbarstaaten zur „Reinen Entente“ und die völlige außenpolitische Isolierung Ungarns.

Auf allen Gebieten des hässlichen Lebens sehen wir also im Horthylande nur Rückschritt, Zusammenbruch, Fiasko und mit Brutalität gepaarte Herrschaft des Unverstandes. Nirgends zeigt sich in diesem Regime ein Wiederaufstieg oder auch nur die Spur einer produktiven Arbeit und einer großzügigen Idee. Segen hat diese Säbelherrschaft nur der Geburts- und Gedärtnokratie, den politischen Abenteurern und den skrupellosen Schieberregimenten gebracht. Die Masse der Bevölkerung aber ist in grenzenloses Elend gestürzt, das einst blühende Land zum Trümmerhaufen und zur Hölle verwandelt. Das Schicksal Ungarns ist ein warnendes Beispiel für alle diejenigen, die heute noch den Sirenenklängen der Reaktion Gehör schenken und von der Rückkehr des ancien régime den Anbruch besserer Zeiten erwarten. Wiederaufbau und Wohlstand, Preisabbau und Arbeitsmöglichkeit, soziale Maßnahmen und Gerechtigkeit können die Rückschrittler aller Länder nur auf dem Papier oder mit dem Munde versprechen. Hungersnot und Teuerung, Masseneind und Massenverderben, maßlose Korruption und parasitäres Schieberregime, finstere Intoleranz und blutige Despotie — das ist das wahre Gesicht der Reaktion!

Strömungen im Zentrum

Herr Stegerwald hat nicht ganz ohne Grund erklärt, er müsse beachten und sich darauf einrichten, daß der rechte Flügel im Zentrum dem reaktionären Ansturm von der äußersten kapitalistischen und agrarischen Rechten nicht gewachsen sein wird — das heißt, daß er Neigung haben werde, die Politik der konsequentesten Reaktionäre mitzumachen. Daß die reaktionäre Strömung im Zentrum in der Tat hartnäckig an der Arbeit ist — und nicht nur im preußischen Kabinett — zeigt eine Neuerung, des im dunkelsten Deutschland erscheinenden „Münsterischen Anzeigers“.

Das Blatt beschäftigt sich mit Erzberger. Es rechnet ihm noch einmal alle seine Sünden vor, beginnend mit der „mannigfachen Täuschung“ während des Krieges, und kommt zu dem Schluß, daß es aus diesen Gründen Pflicht des Reichsausschusses der Zentrumspartei gewesen sei, sich mit Erzberger eingehend zu beschäftigen. Darauf fährt das Blatt fort:

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war, daß sich der Abg. Erzberger verpflichtete, sich bis auf weiteres im Reichstage und in der Fraktion zur Zurückhaltung aufzufertigen. Wir meinen, daß dieses Abkommen zwischen Partei und Abgeordneten das mindeste war, was erreicht werden mußte. Um so bedauerlicher ist es, daß der Abg. Erzberger diese Verpflichtung wiederholt nicht gehalten hat. Gerade in der letzten Zeit mehrten sich die Nachrichten darüber in einem weiten Zentrumskreise erschreckenden Maße. Erzbergers Angriffe auf führende Parteigenossen, vor allem den früheren Reichstagskanzler Lehndorff und den Minister Brauns, um nur diese zu nennen, zeigten zu deutlich, daß Abg. Erzberger Wege geht, die abseits führen von der geraden Straße der Parteidisziplin.

Erzberger ist diesen Leuten also zu mobil und sie wollen ihn zum Schweigen bringen. Es ist ganz deutlich, daß sich dieser Kampf nicht nur gegen Erzberger, sondern gegen eine bestimmte Strömung im Zentrum richtet, die auch durch den Reichstagskanzler Wirth repräsentiert wird. Es muß sich dabei zeigen, welche Richtung die Oberhand behalten wird. Um aber auf Herrn Stegerwald zurückzukommen, so will es uns scheinen, als wenn er seine wesentliche Aufgabe darin erblickt, nicht nur die Preußenpolitik schon jetzt im Sinne jener reaktionären Richtung zu betreiben, sondern vor allem die zentrumschristliche Arbeiterschaft in das Lager der Reaktion zu führen und den Münsterischen Flügel damit erheblich zu stärken. Die Kombination von „Arbeiterführer“ und preußischem Ministerpräsidenten bekommt damit einen tieferen Sinn. Fraglich ist allerdings, ob Herr Stegerwald mit diesem Unternehmen Erfolg haben wird.

Nationale Preisträger

Die „Deutsche Zeitung“ unterhält sich mit Herrn Stegerwald über dessen auch von uns gewürdigten Unterredung mit dem „Germania“-Redakteur. Was das ostdeutsche Blatt sachlich zu sagen hat, ist nicht von Belang. Seine Stärke liegt in der gemeinen Heße, in der Verleumdung des deutschen Namens und Volkes, dessen Lob, Preis und Glanz es angeblich zu dienen vorgibt. Wie das geschieht, zeigt folgende Stelle:

Ob es einem Deutschen Reich verlogen und feiger Lumpen gut oder schlecht geht, ist uns ganz gleichgültig. Unerbittlich ist es im deutschen Wesen begründet, daß es uns immer auch äußerlich schlecht geht, wenn wir innerlich heruntergekommen sind.

Ueber diese Schändung des deutschen Volkes ein Wort zu verlieren, hieße der Gemeinheit seine Rederzweige erweitern. „Wer Beschuldigt, beschuldigt sich“.

Immer forsch — gegen links

Von dem außerordentlichen Gericht in Breslau wurden wegen Aufforderung zum Hochverrat in Tateinheit mit Aufforderung zum Klassenkampf unter Annahme mildernder Umstände die Redakteure der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Neubert zu einem Jahr drei Monaten, Beder zu einem Jahr Zerkerkung verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

Es sei die Frage erlaubt, ob sich ein außerordentliches Gericht findet, das die Redakteure des „Völkischen Beobachters“ in München und des „Miesbacher Anzeigers“ wegen Hochverrats belangt. Der Hochverrat, der in diesen nationalistischen Blättern getrieben wird, ist entschieden klarer, eindeutiger und frecher, als

die etwas verworrenen, höchst unglücklichen Proklamationen der kommunistischen Zentrale. Daß die Heeren der beiden bayerischen Organe auch ungleich gefährlicher sind, beweist die Tatsache der Ermordung unseres Genossen Gareis.

Proteste gegen Rahr-Bayern

Das Verbrechen an dem Genossen Gareis, begünstigt und gefördert durch die Regierung Rahr, hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse mit Abscheu und Empörung erfüllt. In allen deutschen Städten finden große Kundgebungen statt, die sich die Forderungen der bayerischen Arbeiterklasse zu eigen machen: Fort mit dem Ausnahmezustand, nieder mit der Regierung Rahr, Bestrafung aller Schuldigen und Mitschuldigen an dem Verbrechen.

Die U. S. V. D. Bremens unternahm am Sonntag eine Protestkundgebung gegen die Ermordung des Genossen Gareis. Der Protestkundgebung schlossen sich durch einen Aufruf auch die Rechtssozialisten an; die Kommunisten hatten zu einer besonderen Kundgebung aufgefordert, die jedoch wegen mangelnder Beteiligung nicht zustande kam. Die Teilnehmer der U. S. V. D. Protestkundgebung nahmen nach einer Ansprache einstimmig eine Resolution an, in der gegen das Ortschaftsamt Bayerns und gegen die reaktionären Nordbänder scharf Stellung genommen und die Bremer Arbeiterschaft zu größter Wachsamkeit ausgerufen wurde. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfall.

In Mannheim demonstrierte am Montag nachmittags das gesamte Proletariat gegen den Mord an dem Genossen Gareis. Die Demonstration wurde von allen drei sozialistischen Parteien und gemeinsam mit den Gewerkschaften und dem Ufa-Bund durchgeführt. An der gewaltigen Kundgebung, zu der die Auflockerung erst mittags erging und die unter strömendem Regen stattfand, waren 12 000 bis 15 000 Menschen beteiligt. Es sprachen Redner aller drei Parteien. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Auch in Leipzig, Gera, Erfurt, Eisenach, Zeitz, Weihenstephan und Kundgebungen angefaßt. Der Wille der Arbeiter, den Kampf mit der Reaktion aufzunehmen, ist überall der gleiche.

Schulstreik in Hamborn

In Hamborn hat es die Schuldeputation abgelehnt, die Zusammenfassung der vom Religionsunterricht befreiten Kinder in besondere weltliche Sammelklassen durchzuführen, weil geschlechtliche, technische und finanzielle Schwierigkeiten dem entgegenstünden. Darüber ist es zum Schulstreik gekommen. Der Regierung wurde eine Nachprüfung des Beschlusses der Schuldeputation anheimgestellt. Es streikten zurzeit 1635 Kinder, außerdem sind 796 krank gemeldet.

Wir finden, daß es schon lohnen würde, für ungefähr 2400 Kinder eine weltliche Sonderschule einzurichten. Aber dieser Vorgang gibt einen Vorgeschmack vom Schicksal, das die weltliche Schule unter dem neuen, dem Reichstag vorliegenden und vom Reichsrat schon angenommenen Reichsschulgesetz erleiden wird. Wir werden auf die Zweideutigkeiten dieses Gesetzes noch einmal zu sprechen kommen.

Die Auseinandersetzung mit der sächsischen Krone. Die vom sächsischen Finanzministerium im Einvernehmen mit der staatlichen Kommission der Regierung vorgelegten Entwürfe über die Auseinandersetzung mit der sächsischen Krone haben mit geringerer Abänderung die Zustimmung des Gesamtministeriums gefunden. Der Entwurf wird nun in dieser Fassung der vom ehemaligen König bestellten Kommission als Grundlage für die weiteren Verhandlungen übermittelt werden. Die staatliche Kommission von fünf Mitgliedern ist bereits durch fünf Abgeordnete vergrößert worden.

Verhaftung eines Kommunisten in Holland. In der holländischen Stadt Breda ist der deutsche kommunistische Schriftsteller, Franz Jung aus Berlin, verhaftet worden. Er ist angeklagt, sich an einer Meuterei in einem Interniertenlager beteiligt zu haben.

Neuwahl der Regierung in Lippe. Das soeben neu gewählte Lippische Landespräsidium besteht aus den Sozialdemokraten Drake und Schmund und dem Demokraten Neumann-Hofer. Die Regierungskoalition bilden Sozialdemokraten, Demokraten und der Gewerkschaftsbund, der aber auf seinen Sitz im Landespräsidium verzichtete.

Massen heraus!

Alle Mann für Mann. Protest! Tatkraftige Unterstützung! Bestrafung aller Schuldigen! Ende dem Schandregiment! Kampf! Alle Mann für Mann!

Und sie kommen! Tausende. Der Regen strömt auf das dunkle Gewimmel, über dem die roten Fahnen leuchten. Hochrufe. Geschloßenes Menschenzunge pressen sich durch Menschenmauern. Bruchstücke von Sturmliedern. Dann Schweigen. Und darüber hin scharfe, schwingende Einzelstimmen. Wiszelen. Rurmeln. Zwischenrufe. Dann wieder Stille unter den Führerstimmen. Und schließlich, hier — dort — an allen Enden dreimalige Hochrufe, Fahnenwinken, Stimmengewirr, — und im plätschernden Regen verschwinden die roten Fahnen in den Nebenstraßen. Noch ein paar Menschenhaufen — kleine verstreute Wellen des dunklen Meeres — und dann wie vorher ein nasser, leerer Großstadtplatz mit einem Brunnen und Blumenbeet in der Mitte und ein paar Bierbedroschken an der einen Seite.

Alle — Mann für Mann —? Kampf? Spuk! Der Wind hat mit euren Fahnen gespielt, Arbeiter, euren schönen roten Fahnen, von denen ein paar schon verloschen hellrot geworden sind von den vielen Demonstrationen, bei denen Sonne und Regen sie bleichten; der Wind hat die gewaltigen und starken Worte verweht, die eure Führer herausgeschmettert; die großen, prächtigen Worte von Kampf und Befreiung und Gerechtigkeit, die auch schon so oft von ihnen in langen Reihen auf dem Papier zusammengestellt worden sind, schon lange vor dem großen Zusammenbruch von 1914! „Hoch der proletarische Befreiungskampf!“ habt ihr gerufen — „hoch die Revolution!“, und seid nach Hause gegangen. Habt ihr doch eure Pflicht getan!

„Tatkraftige Unterstützung!“
Der Wind hat euren Ruf längst davongetragen!
„Kampf!“
Stille Papier voll starker Worte liegen in Tausenden von sozialistischen Archiven!
„Befreiung!“
10 000, 20 000, 50 000 Mann haben in glorreichster Weise demonstriert!

Nebe sieh der unter ihnen, welchem dabei der Weg gewiesen wurde, wie er süderhin zu handeln hat! Tretet vor eure Brüder, die hier noch sehten, um sie an den Schultern zu packen und in ihre Ohren zu rufen, was ihr gemeinsam unter euren roten Fahnen zu tun beschloßen habt!

Das Bürgertum kennt eure Demonstrationen und eure Resolutionen, Proletariat! Es schläft ruhig, solange ihr ganzes Ergehen vom Winde verweht wird oder in Archiven verstaubt. Aber es wird wach, es zittert, steht zum Kampfe bereit, wenn es

den Druck eurer Einheit in seinen Fabriken spürt; wenn die Gewalt eurer Aktionen seine Machtstellung bedrängt und zerdrückt will; es entblößt seine Krallen, wenn ihr handelt!

Aber nur, wenn ihr handelt!
Mit unerbittlicher Klarheit müßt ihr euch Bewußt sein, daß euer kameradschaftlicher Aufmarsch unter euren roten Fahnen, die Worte eurer Führer und eure Rufe nichts weiter sind, als die Manifestation der gewaltigen Verpflichtung, die euch vor euren Brüdern, vor der ganzen Weltgeschichte auferlegt ist: der Verpflichtung, eure Reihen zu schließen unter der Parole: Sturz von Kapitalismus, Ausbeutung, Gewalt, — und die Forderung dieser Parole in unerwähllich jähem Ringen durch gemeinsame Aktionen in die Tat umzusetzen!

Alle! Mann für Mann! Pm.

Volksbühne

Die lange Jule

Es wäre interessant und gewiß nicht ergebnislos, einmal zu untersuchen, was für Einflüsse die beiden Brüder Hauptmann mit ihren Werken wechselseitig aufeinander ausgeübt haben. Wahrheitsgemäß würde man entdecken, daß Gerhart für seine sozialen, möglichst-lymbolischen Dichtungen, wie z. B. „Hanneles Himmelfahrt“ und „Pippa tanzt“, Anregungen von dem älteren Bruder Carl empfangen hat, der immer eine härtere Neigung zum Mystischen, zum Geheimnisvollen und Absonderlichen hatte. Und andererseits haben wohl sicher die sogenannten naturalistischen, die Schiller-Dramen des jüngeren Gerhart einen bedeutenden Eindruck auf Carl gemacht und ihn zu seinen „naturalistischen“ Dramen angeregt. Aber immer kommt bei Carl Hauptmann, im Gegensatz zu Gerhart, selbst im alltagslichsten schlesischen Bauernmilieu der Mystiker, der Geheimnisvolle, der das Absonderliche liebende Dichter zum Durchbruch.

So auch in der „Langen Jule“. Das ist auf der einen Seite ein ganz irdisches, „realistisches“ Drama aus dem bäuerlichen Alltag eines schlesischen Dorfes. Aber durch die seltsamen Reden, die ein sterbender Bauer führt, durch die Visionen, die die Heldin des Stückes, „Die lange Jule“, in den Augenblicken größter Erregung hat, besonders aber durch die Figur des Vater Jonathan, „eines bäuerlichen Sonderlings“, wie auf dem Theaterzettel steht, über all mitten in der Nacht erscheint, ans Fenster klopft, sonderbare Reden führt und wieder verschwindet, wird in diesen Alltag eine seltsame, ganz unbäuerliche und unrealistische Stimmung getragen. Und diese unwirkliche Stimmung ist zugleich die Stärke und die Schwäche des Stückes. Denn einerseits werden dadurch die Ereignisse zu einer Bedeutung gehoben, die sie sonst nicht hätten, und die Gefühle und Leidenschaften der handelnden Menschen in ein geheimnis- und dadurch wirkungsvolles Licht gerückt. Aber andererseits paßt diese gesteigerte und unwirkliche Stimmung nicht ganz zu den bäuerlichen, doch immerhin einfachen

Charakteren. Besonders die Heldin, die „Lange Jule“, wird zu einer Mischung von schlesischer Bäuerin, klassischer Heroine und hysterischer Hellscherin.

Ihr Vater hat eine zweite Frau genommen und sie, seine einzige Tochter, von seinem Bauernhof vertrieben, er hat nicht lieb, sondern der zweiten Frau den Hof vererbt und sie, die Tochter, in seiner Sterbestunde noch verflucht. Nun lebt sie (und das ist der Inhalt der vier folgenden Akte) Himmel und Hölle im Bewegung, um die verhasste Stiefmutter von dem Hof, von ihrem „Batergut“ zu vertreiben und selbst als Waise wieder dort einzuziehen. Durch allerlei üble Geschäfte bringt sie es schließlich fertig; es ist so weit, die Heldin muß von Haus und Hof, das Vatergut gehört wieder ihr — da zündet in der letzten Nacht der Vater Jonathan, der halb irre Sonderling, das Gehöft an — und sie, Siegerin und doch Besiegte, öffnet sich die Pulsadern.

Dieser wilde leidenschaftliche Charakter, der in dem einen Gedanken an Rache und an das „Batergut“ alles andere vergißt und alle starken und zarten, finsternen und schönen Gefühle in diesem Kampf um das Vatergut aufbraucht — der ist mit viel Kraft dargestellt. Aber nicht ganz wahr. Diese Steigerung ins Große, ins Heldenhafte ist übertrieben und nicht ganz überzeugend. Weniger wäre mehr gewesen. Es geht doch schließlich nur um den Besitz eines Bauernhofes, und wenn auch für die Jule dieser Bauernhof ihr „Batergut“ und also mehr als nur ein Bauernhof ist, sie kämpft um diesen Bauernhof doch schließlich nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Portemonnaie in der Hand. Menschen aber, deren Kämpfe hauptsächlich in Geldgeschäften bestehen (und dazu gehören auch die schlesischen Bauern), die lieben keine großen und nicht mal viele Worte, die sind gewohnt, ihre Leidenschaften und Gedanken hinter einer möglichst unübersichtlichen Masse zu verbergen. Ließe Carl Hauptmann auch die inneren Kämpfe der „Langen Jule“ hinter dieser Scheinbar und trügerisch ruhigen Oberfläche vor sich gehen und nur ganz selten hemmungslos hervorbrechen — seine bäuerliche Heldin würde vielleicht größer und unheimlicher, sicher aber wahrer dastehen als jetzt.

Die Regie von Edgar Klitsch milderte das Absonderliche und Seltsame und rückte alles etwas mehr in den Alltag. Nicht zum Schaden des Stückes.

Johanna Koch-Bauer aber war mehr Heroine als Bäuerin; man glaubte sich, wenn man sie sah und hörte, nicht gerade in Schlesien, sondern — im Theater, aber in einem guten Theater.

Paul Günther mühte sich mit dem Sonderling ab. Er war wunderbar — aber nicht unheimlich, nicht einmal geheimnisvoll; doch auch nicht unsympathisch. Stahl-Kachaur, Edgar Klitsch, Maria Weisleder verkörperten die anderen mehr auf der Erde und zwar auf der schlesischen Erde stehenden Figuren des Dramas recht gut.

Eine schöne Stelle (unter anderen) hat das Stück: ein alter, gutmütig-lanker, mit einem Guckstein von Schule zu Schule ziehender Hausierer spricht nicht wie üblich vom Segen, sondern vom Unsegen, vom Fluch der Arbeit. Er mit seinem Geige spielt

Prof. Nicolais Kampf um die Wahrheit

Professor Nicolai ist es noch immer nicht möglich geworden, die Wahrheit über seinen Kampf mit der Berliner Universität in die Öffentlichkeit zu bringen. Bekanntlich veröffentlichte Nicolai am 7. April 1920 eine Erklärung, in der er den Senat der Berliner Universität der glatten Unwahrheit und bewußten Verleumdung ziele und den damaligen Rektor Professor Eduard Meyer einen agent provocateur nannte. Wenige Tage darauf teilte Meyer Nicolai mit, daß er wieder lesen könne, und daß er Nicolai persönlich schätzen wolle. Nicolai verzichtete auf einen solchen „Schub“ und erklärte, er würde nicht eher lesen, ehe nicht der Senat seine Unwahrheiten zurückgenommen habe. Als der Senat dies nicht tat, klagte Nicolai wegen Beleidigung. Darauf kam der Senat zu Nicolai gelassen und bat ihn, von der Klage abzusehen, er würde selbst das Urteil revidieren. Nicolai fiel leider auf dieses Anerbieten herein, denn er konnte die folgende Angelegenheit nicht voraussehen: Nachdem die Anklagefrist von drei Monaten verstrichen war und der Senat vor der Klage keine Angst mehr zu haben brauchte, erklärten diese Wiederholer, das Urteil nicht revidieren zu wollen. Damit wurde Nicolai die Möglichkeit einer Strafflage abgeschnitten. (Die Zulässigkeit einer Zivilklage ist zweifelhaft, vom Landgericht wurde sie verneint.)

Die Unwahrhaftigkeit des Senates ist ganz offenkundig, duldet er doch schweigend, daß Nicolai ihn wiederholt öffentlich und amtlich (!) der bewußten Lüge ziele. Trotz mehrerer Bemühungen war es aber Nicolai nicht möglich, eine Verurteilung in der nichtsozialistischen Presse zu veröffentlichen.

Der Umstand, daß Eduard Meyer und seine 12 Freunde gleichzeitig Senatoren und öffentlich Gebrauchsrechte sind, ist natürlich dem Ansehen der deutschen Wissenschaft im höchsten Maße schädlich. Aus diesem Grunde wurde von angesehenen akademischen Kreisen dem „Berliner Tageblatt“ des Herrn Theodor Wolff ein Artikel angeboten, in dem objektiv auf das Unhaltbare dieses Zustandes hingewiesen und ohne jede Parteifarbung die Forderung gestellt wurde, wer nun eigentlich gelogen hätte: Nicolai oder die Professoren? Aber auch dieser Artikel wurde abgelehnt, so daß heute in Deutschland außer den Eingeweihten nur die Arbeiter überhaupt ahnen, welches Unrecht hier geschehen ist.

In der Tatsache, daß Herr Wolff sich weigerte, diesen Skandal vor das Forum der Öffentlichkeit zu bringen, liegt selbstverständlich eine der schwersten Verletzungen des journalistischen Pflichtbegriffes. Wir kennen die Gründe nicht, aus denen diese akademische Persönlichkeit den Artikel keiner anderen Zeitung als dem „Berliner Tageblatt“ anbietet. Die Erfahrungen von Schulbedürftigen wie Nicolai bei der bürgerlichen Presse können die sozialistische Selbstverständlichkeit nur veranlassen, den Kampf Nicolais mit der Berliner Universität immer wieder in voller Öffentlichkeit zu erörtern, bis die gebrauchsmarkten Professoren schließlich doch aus ihrem Versteck werden hervorkommen müssen, auch wenn sie von Journalisten im Stile des Herrn Wolff weiter gedeckt werden sollten.

Die Arbeitnehmergruppe des Landbundes

Wozu sie mißbraucht wird

Die Vertrauensleute der Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes hatten am Sonntag in Stettin eine Versammlung, die auf Befehl des Reichslandbundes gegen die Belastung des Grundbesitzes mit neuen Steuern Einspruch erhob. In der Resolution, die diesem Zweck dienen soll, wird gesagt, daß die Betriebe durch diese Belastung aufs schwerste erschüttert werden würden, aber es wird verschwiegen, daß „die Betriebe“ durch den Wucher mit Lebensmitteln während der Kriegszeit erhebliche Gewinne gehabt haben, die bisher nicht in ausreichender Weise zu den Steuerlasten herangezogen worden sind. Wie die Landarbeiter, die sich in der gelben Arbeitnehmergruppe zusammengeschlossen haben, beschwört werden, ergibt sich daraus, daß die Resolution dagegen protestiert, daß die Hypotheken mit denen die Grundstücke belastet werden sollen, an das Aus-

lenden, buchtigen Sohn wird den fleißigen, arbeitenden, glerig-gehaltigen, geschäftsmachenden Bauern gegenübergestellt. Unschuldig und gut sind die faulen, nicht arbeitenden, sondern spielenden Kinder; verdorben und schlecht die fleißigen, arbeitenden, geschäftsmachenden Erwachsenen.

Es kann unserer vom „Segen der Arbeit“ auch so überzeugten Zeit nur gut tun, einmal so legerliche Worte zu hören.

Hans Siemsen

Ein großherzoglicher Kunstliebhaber. Bei der Revolution in Oldenburg verstand es der Großherzog, den größten Teil der Oldenburger Gemäldesammlungen, eine der reichsten Sammlungen Deutschlands, unter dem Vorwand beileibe zu schaffen, daß es keine „Privatgalerie“ wäre. Die oldenburgische Revolutionsregierung hatte leider nicht zugegriffen, und so wanderten die Hauptwerke der Sammlung, darunter vier Bilder von Rembrandt, drei von Rubens, zahlreiche gute Niederländer und Italiener, nach Holland. Man glaubte, daß sie längst nach Amerika gekommen wären. Jetzt meldet der „Sammler“, daß in aller Stille und mit ungewöhnlichen Vorkehrungen dieser aller Tage in Amsterdam ein Teil der verschobenen Bilder, und zwar die neueren Gemälde, versteigert worden sind. Das Hauptstück, eines der letzten Bilder von Feuerbach, konnte von Deutschland zurückgewonnen werden — Paul Cassirer hat es ersteigert. Die anderen Bilder erzielten recht mäßige Preise. Der Herr Großherzog hat auf diese Weise ein schlechtes Geschäft gemacht, aber wenigstens Steuer erspart. Er hatte beabsichtigt, weder das Recht, die Kunstwerke ohne weiteres aus Deutschland zu bringen, noch hat er für diesen Besitz die Steuern bezahlt, zu denen er verpflichtet gewesen wäre. Was mit den alten Meistern gemordet ist, ist noch unbekannt. Vielleicht hebt sich der Herr als Jährpennist auf, falls er nicht so schnell zur Regierung zurückkehrt, wie er hofft. Der Verein deutscher Steuerliebhaber ist jedenfalls im Zweifel, ob er den Großherzog von Oldenburg oder den Prinzen Eitel Friedrich zu seinem Ehrenvorsitzenden ernennen soll.

Französisch-deutsche Dramatiker-Gemeinschaft. Seit Jahren wurden Werke französischer Dramatiker auf den deutschen Bühnen nicht mehr gespielt, weil der Verband Deutscher Bühnenchriftsteller und Bühnenkomponisten Franzosen als Mitglieder nicht aufgenommen hat. Nach den Kartellbestimmungen mit dem Deutschen Bühnenverein dürfen Werke von Nichtmitgliedern auf den deutschen Bühnen nicht gespielt werden. Der Grund für die Stellungnahme des Verbandes war der Ausschluß deutscher Bühnenchriftsteller und Bühnenkomponisten aus der Société des Auteurs et Compositeurs Dramatiques im Jahre 1915, der den Auteurs et Compositeurs Dramatiques in Frankreich zur Folge hatte. Dieser Ausschluß wurde allerdings nicht so streng in Frankreich wie in Deutschland durchgeführt. Während z. B. Hofmannsthal schon vor längerer Zeit in Paris aufgeführt wurde, konnten deutsche Bühnen auch zweifellos Dichtwerke nicht spielen, wenn der Verfasser Franzose war! Nach längeren Verhandlungen und nachdem die Société des Auteurs et Compositeurs Dramatiques

land verkauft werden können. Davon ist natürlich keine Rede. Aber diesen Schwindel braucht man, um in schamhaften Worten gegen die Verletzung von „nationaler Würde“ und ähnlichen Scherzartikeln aufzutreten zu können.

Die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes wird gegenwärtig eingekauft durch gute Löhne und durch ein auffallendes Entgegenkommen der Grundbesitzer in allen Fragen des Arbeitsvertrages. Auf diese Weise ist es in der Tat gelungen, der Arbeitnehmergruppe in einzelnen Teilen Pommerns eine recht bedeutsame Stellung gegenüber dem Deutschen Landarbeiterverein zu sichern. Das wird solange dauern, bis die organisierten Großgrundbesitzer sich vor dem Landarbeiterverein sicher fühlen. Dann werden sie den Spieß umdrehen und alles inzwischen — an Ausbeutung — Versäumnisse um so energischer nachholen. Die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe werden für ihre Untreue gegenüber ihren freigewerkschaftlich organisierten Kollegen schwer bestraft werden, was wir schon jetzt um so mehr bedauern, weil wir wissen, daß die Mehrzahl derer, die auf solche Weise zu Gunsten des Großgrundbesitzes gemacht werden, durchaus nicht mit dem Herzen bei der Sache sind, sondern nur dem Druck des noch immer übermächtigen Agrarkapitals nachgeben.

Die Stimme der Vertrauensleute ist darum auch durchaus nicht die Stimme der Gesamtheit der Mitglieder der Arbeitnehmergruppe, die in der Entschlüsselung auf 45 000 angegeben wird, was uns viel zu hoch gegriffen erscheint. Auch das ist ein Schwindel. Der ganze Vorgang zeigt nur von neuem, daß die Arbeitnehmergruppe völlig abhängig ist vom Grundbesitz, also das wichtigste Merkmal der Geldheute deutlich an sich trägt.

Gegen den Lohnabbau

Kundgebung der christlichen Gewerkschaften

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften besaßte sich am Montag in Köln mit den von den Unternehmerverbänden noch in letzter Zeit versandten Rundschreiben, in denen der Lohnabbau als notwendig hingestellt und den Arbeitgebern ein dementsprechendes Vorgehen empfohlen wird. Der Inhalt dieser Rundschreiben hat eine starke Erregung und Beunruhigung der Arbeiterschaft bewirkt.

Der Vorstand des Gesamtverbandes wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Unternehmerverbänden propagierte Absicht. Tatsache ist, daß dem Sinken einiger Preise für Bedarfsartikel ein noch größeres Steigen für andere Verbrauchsartikel gegenübersteht. Hinzu kommt, daß nach ausdrücklichen Erklärungen der Regierung im Reichswirtschaftsrat die Inlandspreise den Weltmarktpreisen immer mehr angepaßt werden, daß ferner zugegebenermaßen die Kosten der Lebenshaltung, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung, wesentlich steigen und daher Lohn- und Gehaltsaufbesserungen notwendig werden. Schon heute ist die Lage der Arbeiterkreise außerordentlich bedrückend. Um so mehr glaubt der Vorstand des Gesamtverbandes, sich gegen ein Vorgehen der Unternehmer wenden zu müssen, welches unüberschaubare Konsequenzen und Gefahren für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens im Gefolge haben muß.

Von den erwähnten Rundschreiben der Unternehmerverbände haben wir seinerzeit mehrfach Notiz genommen. Ihre Verbreitung liegt schon einige Zeit zurück, aber es ist dennoch zu begründen, daß die christlichen Gewerkschaften überhaupt, wenn auch verspätet, dazu Stellung nehmen und den Tatsachen Rechnung tragen. Und da die Kundgebung des Gesamtverbandes von „unüberschaubaren Konsequenzen und Gefahren“ spricht, so nehmen wir uns die Freiheit, daraus zu schließen, daß die Christen sich bereit halten, im Falle offener Angriffe der Unternehmer zum Zwecke des Lohnabbaues jederzeit gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Konsequenzen aus solcher Lage zu ziehen. Sonst würden die aus dem Lohnabbau entstehenden Gefahren nämlich Gefahren für die christlichen Gewerkschaften selbst werden.

Die Lohnsenkungen in England

III. London, 15. Juni.

In der Wollindustrie von Northite ist eine Einigung erzielt worden, wodurch ein Streik von 200 000 Arbeitern vermieden worden ist. Die Löhne werden um 18% Prozent an Stelle von 23% Prozent, die von den Arbeitgebern vorgeschlagen waren, ermäßigt. Das Abkommen behält seine Gültigkeit bis Juni nächsten Jahres. In Manchester, wo ebenfalls eine

diese im Jahre 1915 ausgeschlossenen Mitglieder wieder aufgenommen hat, ist zwischen dem Verband Deutscher Bühnenchriftsteller und Bühnenkomponisten und der entsprechenden französischen Société des Auteurs et Compositeurs Dramatiques ein auf Wechselseitigkeit und Gleichberechtigung beruhendes Abkommen getroffen worden; die Mitglieder der beiden Organisationen können nunmehr nach Maßgabe der Statuten Mitglieder der kartellierten Organisation werden und in beiden Ländern ausgeführt werden.

Keine Filmschule konzeptioniert. Seit Jahren führt die Filmindustrie einen Kampf gegen die zahlreichen Kinolehranstalten, in denen jungen Frauen und Männern hohe Geldsummen für einen angeblichen Filmschauspiel-Unterricht abgenommen werden. Vor einiger Zeit hat das Berliner Volkstheaterpräsidium auf Grund einer gesetzlichen Verordnung die Konzeptionierung dieser Lehranstalten verfügt. Die Leiter der vielen Filmschulen mußten um einen Erlaubnischein einkommen. Bisher wurde aber, wie die „Film-Hölle“ mitteilt, ausnahmslos allen Antragstellern die Konzeption zur Weiterführung ihrer Anstalten verweigert. Drei besonders gefährliche dieser „Kinolehranstalten“ mußten gewaltsam geschlossen werden. Daraufhin haben die Direktoren einen neuen Weg gefunden, um unzulässigen, filmulustigen Schülern das Honorar abzunehmen, sie gründen eine Filmgesellschaft mit beschränkter Haftung und „engagieren“ Elenden gegen Zahlung einer bestimmten Beteiligung. Auch gegen diesen Schwindel wird sich das Berliner Volkstheaterpräsidium wenden. Besonders gefährlich ist das Treiben völlig unbekannter Filmregisseure geworden, die im Reich durch phantastische Versprechungen Schüler für ihre „Lehrgänge zur Erlernung der Kinomimetik“ locken und in Massen finden. Außerhalb Berlins ist bisher noch kein Erlaubniszwang für diese Kinolehrschulen vorgeschrieben. Angehörige der zahlreichen Opfer, die die Filmschulen-Direktoren aber überall nach Mitnahme der hohen Honorare zurücklassen, ist die Kontrolle der „Lehranstalten“ dringend notwendig.

Merkwürdig. Der verstorbene Direktor der Nationalgalerie, Thudt, führte einst einen Minister durch das Museum. Vor dem Bilde von Courbet: „Abu, ein Reh anschnitten“, äußerte der Minister: „Merkwürdig, daß ein Sozialdemokrat ein so schönes Bild hat malen können!“ (Aus dem Buchstift von „Kunst und Künstler“.)

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Charles Sealsfield: Erzählung des Obersten Morfe. — Binder: Der Sozialismus im lateinischen Amerika. — Max Dorn: Erwerbslose. — Feltz Linke: Die Tiefe des Himmels. — J. Kleinpauf: Rache Justiz und lange Prozesse. — Laube und Garten. — Schach.

Tages-Notizen

Theater. Das Neue Volkstheater spielt Sonnabend zum erstenmal „Die Falsche“ von Ludwig Thomas (Schauspieler des „Volkstheater“). — Die Jubiläumsvorstellung des „Freischütz“ von Weber findet Sonnabend in der Staatsoper statt.

Bewegung im Gange ist, man über die Differenzen in der Baumwollindustrie optimistisch geworden. Der Unterschied zwischen dem Angebot der Arbeitgeber und der Forderung der Arbeiter beträgt nur noch 11 Pence.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie bezüglich der Herabsetzung der Löhne sind abgebrochen worden. Die Lohnerminderungen sollen nach Antündigung der Arbeitgeber am nächsten Donnerstag in Kraft treten. An diesem Tage erwartet man, daß die Arbeiter in ganz England in den Streik treten werden. Falls es dazu kommt, wird es in der Metallindustrie mehr als 1 1/2 Millionen Arbeiter geben.

Da es nach allen vorliegenden Nachrichten kaum noch zu einer Einigung kommen dürfte, wird wohl eine neue gewaltige Streikbewegung dem Bergarbeiterstreik auf dem Fuße folgen.

Aus dem Hauptauschuß

Anträge der U. S. P. D. zum Domänenetat

Bei der weiteren Fortsetzung der Beratung der Domänenverwaltung im Hauptauschuß des Preussischen Landtags beantragten die Vertreter der U. S. P. D., den Einnahmestellen aus den Erträgen der Verpachtung staatlicher Liegenschaften um 10 Millionen zu erhöhen, um die Mittel für eine erhöhte Bautätigkeit für Landarbeiterwohnungen zu beschaffen. Der Antrag wurde mit den drei Stimmen der Linksparteien und des Zentrums angenommen. Ein Antrag, keine fiskalischen Grundstücke zu verkaufen, wurde abgelehnt. Ein Antrag Klausner (U. S. P. D.), die Mittel zur geistlichen Verwaltung im Etat zu kürzen, wurde mit den Stimmen der Rechtssozialisten abgelehnt. Ein Antrag, die Ueberhänge der Bäder für Röhrenzwecke zu verwenden, wurde gegen 12 Stimmen abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag, 15 Millionen Mark mehr in den Etat einzustellen zur Förderung des Wohnungsbaus, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag, den Betrag von drei auf sechs Millionen zu erhöhen, angenommen.

Bei dieser Gelegenheit äußerte der Abgeordnete Heib (Deutsche Volkspartei), beim Bau von Landarbeiterwohnungen müsse aller Komfort der städtischen Arbeiterwohnungen fallen gelassen werden, auch das Badzimmer. Als dann die U. S. P. D. diese Ausführungen als einen Standal bezeichnete, verfuhr Abgeordneter Siendel (Deutsche Volkspartei) den Begriff „Komfort“ näher zu erläutern. Darunter sei zu verstehen die Anlage von Wasser- und Lichtleitungen, Spüllosetts usw. Wenn die Herstellung derartiger Einrichtungen in den Wohnungen städtischer Arbeiter schon als Komfort bezeichnet wird, ist es kein Wunder, wenn diese Herrschaften es oftmals für selbstverständlich halten, wenn bei den Landarbeiterwohnungen kein Klosett vorhanden und das Hausstands- und Trinkwasser aus irgendeinem Wasserloch geschöpft werden muß, weil keine Wasserleitung oder Brunnenanlage vorhanden ist.

Ein rechtssozialistischer Antrag, je eine Million einzusetzen für die Inangriffnahme der Eindeichungsarbeiten im Neufelder Koog, Kreis Niederbithmarischen, und zur Landgewinnung im Wattenmeer im Neufelder Koog, wurde abgelehnt. Dagegen wurden sieben Millionen mit eingestellt für die Landgewinnungsarbeiten im Regierungsbezirk Schleswig und an der ostpreussischen Küste.

Aus der Wirtschaft

Günstige Ernteausichten in Preußen

Der äußerst zeitige Frühling, der schon in der ersten Märzhälfte begann, und die ständig mäßige, zuletzt sehr warme Witterung ist den Beststellungsarbeiten sowie den Pflanz- und Hackarbeiten in ihrer Entwicklung sehr förderlich gewesen. Infolgedessen sind die Gutachten über den Stand dieser Feldfrüchte mit Ausnahme von Raps fast im ganzen Staatsgebiet überaus günstig. Dagegen werden die Futterpflanzen, Weizen und Weiden im allgemeinen als nicht besonders erfreulich, in diesen Gegenden sogar als recht mäßig bezeichnet, wie dies aus der im allgemeinen trockenen Witterung des ganzen Frühjahrs leicht zu erwarten stand. Auch der Mai hat ebenso wie seine Vormonate nur einzelne Landesteile mit knapp ausreichenden, die meisten Gegenden aber mit zu geringen Niederschlägen bedacht. Wie aus einem Vergleich der Staatsziffern hervorgeht, wurden sämtliche Fruchtarten mit Ausnahme von Raps und gewöhnlichen Weizen besser als mittel (3) beurteilt, und zwar das Wintergetreide am günstigsten. Weizen hat mit 24, Spelz mit 22 und Roggen mit 25 eine Note erhalten, wie sie seit Juni 1916 nicht mehr erreicht worden war. Gegen das Vorjahr hat besonders Roggen eine bessere Bewertung um 0,9 Einheiten zu verzeichnen. Sehr wichtig ist die Feststellung, daß unsere hauptsächlichsten Brotfruchtarten Winterweizen und Winterroggen in allen Regierungsbezirken fast gleichmäßig gut beurteilt worden sind.

Zu den amtlichen Berichten der Saatenstandsberichterstattung bemerkt die amtliche „Stat. Korr.“:

Die Entwicklung des Wintergetreides ist bereits so weit fortgeschritten, daß jetzt schon allgemein Schlüsse auf den wahrscheinlichen Ausfall der Ernte gezogen werden können. Roggen steht fast überall in Blüte und hat sie vielfach schon beendet. Bekanntlich sind die Wintersaaten zum großen Teil in recht mangelhaftem Zustande mit völlig ungenügender Bestockung von dem äußerst frühzeitigen Winter überrascht worden. Viele Felder waren bei Winterbeginn Ende Oktober noch nicht aufgewälzt, andere sind später noch bestellt worden und kamen erst beim Eintritt wärmeren Wetters im Januar zum Auslaufen. Obwohl die späte Einsaat nicht überall dem strengen Frostwetter widerstanden hat, sondern im Frühjahr vielfach dem Pfluge anheimfiel, haben sich die meisten Schläge doch gut gehalten und infolge des gelinden Wetters seit Ende Dezember recht erfreulich entwickelt. Die Notizen für Weizen und Roggen lauten im Staatsdurchschnitt Anfang Dezember 32 und 34 gegen jezt 24 und 25. Im Vorjahre lagen die Verhältnisse ähnlich, doch mit dem Unterschiede, daß sich der spätere Roggen nicht erholte hat. Die Aussichten für die Ernte an Wintergetreide werden daher und besonders, weil die frühe Herbstsaat fast durchweg sehr dicht und kräftig steht, als recht befriedigend angesehen.

Der neue polnische Außenminister. Der polnische Gesandte in Rom, Skirmunt, ist zum polnischen Minister des Auswärtigen ernannt worden.

Präsidentenwahl in der italienischen Kammer. Die italienische Kammer hat den bisherigen Präsidenten de Nicola mit 348 von 479 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt.

Ein französisches Zuchtungsgeheiß. Der französische Justizminister hat einen Gehentwurf eingebracht, der strenge Strafen über alle Personen verhängt, die Soldaten zur Verweigerung der militärischen Pflichten verleiten bzw. Affäre der Disziplinlosigkeit verberichten.

Die französischen Post- und Telegraphenarbeiter für Moskau. Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltungen haben die Kommunisten mit einer kleinen Mehrheit gestimmt, und zwar mit 63 gegen 57 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen. Das ist die zweite Gewerkschaft nach den Eisenbahnern, die eine Wehrheit für den Anschluß an die Internationale von Moskau ergeben hat.

Betriebsverhältnisse in der böhmischen Glasindustrie. Wie aus Haida gemeldet wird, haben die meisten Glasfabriken in der Tschechoslowakei ihren Arbeitern mit der Begründung gekündigt, daß sie wegen weiterer Verschlechterung der Geschäftslage zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen seien.

